

# Landesmitgliederversammlung der DKP-Saarland 10.12. 16 Sulzbach

Beschluss:

## Politikwechsel!

### Positionen und Forderungen der DKP für das Saarland!

Der „neue“ Länderfinanzausgleich liegt auf dem Tisch. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD im Saarland feiert(e) sich selbst für das, was hier erreicht worden sei. Damit sei das Saarland als Bundesland „gerettet“ und spätestens nach 2020 würde die Landschaft hierzulande „wieder blühen“. Die Junge Union erdreistete sich, den Tag der Vereinbarung zum Feiertag zu erheben!

Was bedeutet die Einigung zum neuen Länderfinanzausgleich für das Saarland wirklich?

- Es ist keine Entschuldungslösung – das heißt das unsoziale und viele Lebensgrundlagen zerstörende Spardiktat mit der Schuldenbremse wird festgeschrieben.
- Bei Ende der Niedrigzinsphase und zurückgehenden Steuereinnahmen droht der Bankrott des Landes!
- Die Sicherung einer Daseinsvorsorge im Land und in den Kommunen wird immer weniger möglich.
- Bis 2020 erhält das Saarland nur 360 (!) Millionen über den Finanzausgleich. Ab 2021 sollen es 500 Millionen sein. Finanziert über die Umsatzsteuer. Das heißt die arbeitenden Menschen bezahlen auch diese Rechnung. Die Vermögen der Millionäre werden weiterhin nicht angetastet.
- Die Umverteilung von unten nach oben wird weiter gehen. Die Reichen werden noch reicher, die sozialen Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten noch größer.
- Das Land wird seiner Finanzpolitik entmündigt – das Bundesfinanzministerium diktiert! Immer weniger Möglichkeiten für Bedürfnisse aus den regionalen Bedingungen!
- Mit der Zentralisierung der Fernstraßenverwaltung wird der Einstieg in die Privatisierung betrieben – Gewinner wird die Finanzwirtschaft sein.

### Die Zukunftsprobleme sind finanziell nicht gelöst!

Die Vereinbarungen zum Länderfinanzausgleich sind eine Bankrotterklärung der saarländischen Landesregierung und ein Mitmachen bei der Austeritäts- und Umverteilungspolitik der Bundesregierung und ihrer Parteigänger in den Ländern! Schäuble sieht sich ermuntert und versucht im Nachhinein das Diktat mit der Schuldenbremse sogar noch zu verschärfen!

Der jetzt vereinbarte Länderfinanzausgleich bietet keine Entlastung für die Altschulden des Landes, er soll lediglich die Landesfinanzen fit halten, um die Banken zu bedienen. Der Jubel in der Koalition ist daher nicht berechtigt. Er dient dazu die Menschen zu beruhigen und zu täuschen.

Diese Landesregierung versagt, weil sie nicht mit wirksamen Mitteln für die Herstellung gleicher Lebensbedingungen in der BRD kämpft und dafür Kräfte mobilisiert. Stattdessen kündigte die Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer an, dass die Jahre bis 2020 besonders (!) harte haushaltspolitische Jahre werden. Das heißt doch, dass der Kaputtsparkurs noch verschärft werden wird!

Dies wird das Leben und Arbeiten im Saarland nicht einfacher machen. Dies wird zu noch mehr Unsicherheit und Unzufriedenheit führen. Rechten Demagogen wird Tür und Tor geöffnet um Menschen gegen ihre eigenen Interessen zu mobilisieren.

Seit 2012 regiert die CDU-SPD „Schuldenbremsen-Koalition“ im Saarland. Ihre Austeritätspolitik bezeichnet sie als alternativlos zur Lösung der Finanznot des Landes. Die beispiellose

Sparpolitik der CDU-SPD-Koalition ist keine Sparpolitik, sondern eine Kürzungspolitik. Sie verschärft die Situation, ist unsozial und zunehmend antidemokratisch.

Die Staatsverschuldung ist bewusst herbeigeführt worden, um Banken und Versicherungen zusätzliche Verwertungsmöglichkeiten für ihr Kapital zu bieten. Das Saarland ist durch eine ungerechte Steuerverteilung besonders benachteiligt.

Das Diktat der Schuldenbremse hat einen Flächenbrand mit desaströsen Folgen ausgelöst. Auf vielen Gebieten geht es inzwischen rasant bergab: Mit der Universität, in der Kulturlandschaft, in der Daseinsvorsorge, mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen, mit den öffentlichen Dienstleistungen. Immer mehr Kommunen des Landes sind wegen steigender Ausgaben zum Haushalts-Sanierungsfall geworden. Um die Schuldenbremse einhalten zu können, wurden und werden Arbeitsplätze beim Land vernichtet und öffentliche Dienstleistungen abgebaut, und der Personalabbau hat auch die Kommunen erreicht. Die Verschuldung unseres Bundeslandes mit knapp 1 Mio. Einwohnern steigt von heute fast 13 Mrd. EUR bis Ende 2020 auf 15 Mrd. EUR. Bedient werden mit diesen Einsparungen die Zinszahlungen an die Banken, die sich zur Zeit auf 500 Mio. EUR jährlich belaufen, im Jahr 2016 sollen es trotz Schuldenbremse 550 Mio. sein.

Maßnahmen, um die Einkommensseite des Landes, z. B. durch Einführung der Vermögenssteuer, oder eine Vermögensabgabe der Superreichen, zu verbessern, sind von dieser Landesregierung nicht zu erwarten.

### **Kapitalismus ist menschenfeindlich und macht kaputt.**

Das Saarland ist von den kapitalistischen Krisen und von neoliberaler Politik in besonderer Weise betroffen. Es bietet den kapitalistischen Unternehmen paradisiische Bedingungen für Extra-Profit.

In unserem Bundesland wirkt ein Teufelskreis von geringen Löhnen, niedrigen Renten, wachsenden Sozialtransfers insbesondere für Aufstockungen bei RentnerInnen und bei prekär Beschäftigten (Hartz IV und Sozialhilfe) und einer Kürzungspolitik, die die Infrastruktur des Landes immer weiter verrotten lässt.

Die Folge ist, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht und die Daseinsvorsorge für immer mehr Menschen in Gefahr gerät.

Mehr als jeder sechste Einwohner im Saarland lebt unterhalb der Armutsgrenze. 17,5 % der Bevölkerung müssen mit einem Einkommen auskommen, das nur 60 % des mittleren Einkommens entspricht. Inzwischen sind zwei Drittel der Arbeitslosen, insbesondere die Hartz-IV-Empfänger, armutsgefährdet. Besonders skandalös ist die Kinderarmut; 18,7 % der Kinder unter 15 Jahren und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt leben vom Sozialgeld. Genauso skandalös ist das Ansteigen der Armutsquote bei den Rentnern im Saarland. Sie stieg von 11,8 % auf 20,4 % im Zeitraum 2005 bis 2014! Der Verdienstrückstand bei Löhnen und Gehältern gegenüber dem Bund ist weiter gewachsen. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass immer mehr Menschen im Saarland ihre Ernährungsgrundlagen über die „Tafel“ sichern müssen!

### **Das ist das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik, die den Unternehmensprofiten Vorrang vor den hier lebenden Menschen gibt.**

Diese Landesregierung hat bisher nur als verlängerter Arm der Konzerne gedient, Konzernsubventionen sind Alltag. Sie hat aber keinen Plan für eine Situation, in der durch die kapitalistische Überproduktionskrise und Konkurrenzkampf, durch Umstrukturierungen durch die Digitalisierung (Industrie 4.0) tausende von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie und der Zulieferindustrie, der Stahlindustrie usw. bedroht sind und der drastische Personalabbau im Öffentlichen Dienst so weiter geht. Automatisierung und andere Wege der Produktivitätssteigerung steigern derzeit nur die Gewinne der Unternehmen. Dies gilt auch für die zunehmende Digitalisierung, besonders in den Konzernbetrieben, Banken und Versicherungen.

Für die dann absehbare Katastrophe bietet auch die „Rettung der Saarfinanzen“ keine Lösung.

Der Verlust von Arbeitsplätzen durch Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Personalabbau im Saarland gerade im industriellen Bereich wird immer alarmierender. Das

Saarland diene den Konzernen schon immer als „verlängerte Werkbank“. Die wirtschaftliche Monostruktur, heute die Abhängigkeit von der Automobilindustrie, besteht nach wie vor. Dies hat dramatische Auswirkungen für die betroffenen Belegschaften und die gesamte Region.

Dem Saarland droht eine weitere Strukturkrise, diesmal im Automobilsektor und die Groko schaut zu. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, werden wieder die Beschäftigten die Zeche zahlen. Firmen wie ZF fordern bereits im Vorhinein Lohnverzicht und drohen unverhohlen mit einem schleichenden Ende des Standorts an der Saar.

Wirtschaftsbosse und Manager verschärfen in den Betrieben die Gangart und den Umgang mit den Belegschaften. Bosch und ZF sind jüngste Beispiele dafür. Hintergrund ist die Krise in der Weltwirtschaft, der verschärfte Kosten- und Konkurrenzdruck hierzulande und weltweit. In diesen Zeiten wird der Rotstift zuerst bei den Personalkosten angesetzt und die Ausbeutung verschärft. Die Beschäftigten, die „lebendige Arbeit“ in den Betrieben, sind die Stellschrauben, um den Profit auch in diesen Zeiten zu sichern. So funktioniert der Kapitalismus: Profit geht vor Mensch.

Der Verlust von Lebensqualität wird nicht ernst genommen! Die Sorgen und Zukunftsängste verstärken sich ohne dass die Regierenden dies wirklich wahrhaben wollen. Immer mehr arbeitende Menschen können keine fortschrittlichen Alternativen oder Lösungen erkennen. Sie haben in Wahrheit die Hoffnung auf eine positive Veränderung ihrer Situation aufgegeben und wenden sich deshalb rein destruktiv gegen die herrschende Politik!

### **Dies schafft den Nährboden für rechte Demagogen! Es droht eine gefährliche Rechtsentwicklung!**

Mit dem Aufschwung von Parteien wie der AfD und rassistischen Aufmärschen wie Pegida wird das politische Klima weiter nach rechts verschoben. Menschen erschweren damit fataler Weise Lösungen, die wirklich ihren Interessen entsprechen. Lösungen, die nur durch ein Zurückdrängen des Neoliberalismus, in einem Aufschwung von Widerstandsaktionen der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften erkämpft werden können.

Spätestens mit dem Brexit und den Präsidentschaftswahlen in den USA ist die kapitalistische Dauerkrise zu einer Krise des politischen Systems geworden. Die Verheerungen des Neoliberalismus haben in vielen Regionen auch der westlichen Welt ein solches Ausmaß erreicht, dass sich die Krisenbetroffenen und -bedrohten massenhaft von den etablierten Parteien abwenden und dubiosen Rattenfängern hinterherlaufen. Sie lassen sich gegen ihre eigenen Interessen mobilisieren.

Aufgrund des wachsenden Rassismus und anderer Ressentiments gegen Minderheiten und der Schwäche der Linken erleben wir einen gefährlichen Rechtsruck, der globale Krisen wie Klimaerwärmung, Kriege und Migration weiter verschärfen wird.

Wir Kommunisten sind keine Anhänger des kapitalistischen Systems und seiner aktuellen Ausprägung in der zerstörerischen Form des Neoliberalismus. Im Kapitalismus gibt es keine sicheren Arbeitsplätze und Krisen gehören zu diesem System. Für uns Kommunisten ist nicht der Profit Dreh- und Angelpunkt des Wirtschaftens, sondern die Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse. Ausgehend davon sind wir für eine gesamtgesellschaftliche Planung, statt dem mörderischen Diktat des kapitalistischen Marktes. Ohne Einschränkung der Macht des Finanzkapitals und der Konzernzentralen wird es keinen Lösungsweg geben!

### **Die DKP war, ist und bleibt eine antikapitalistische Partei.**

Viele in die Zukunft denkende Menschen werden uns zustimmen: Die herrschende Politik mit dem Neoliberalismus als Dogma befindet sich in einer Sackgasse. Was tun? So weiter machen? Augen zu und durch nach dem Prinzip Hoffnung?

Es grenzt schon an betrügerische Irreführung, wenn die CDU-Ministerpräsidentin predigt: Bis 2020 müssen wir noch (!) härter sparen, dann wird alles besser. Das ist nichts anders als weitere „Ablasszahlungen“ von den Saarländern zu verlangen. Wird die Saar-SPD weiter mitmachen und diesen Kurs stützen? Was ist in diesem Zusammenhang von der Aussage des stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Roth im Landtag zu halten „Wir haben alles im Griff“? Zu fragen ist, warum er und sein Gewerkschaftskollege Kurtz, ebenfalls SPD-

Landtagsabgeordneter, nicht konsequent gegen diesen Kaputtsparkurs auftreten und Alternativen, die es ja gibt, dagegen halten.

### **Die DKP im Saarland fordert eine radikale Wende in der Gesellschaftspolitik.**

Die Ablösung der Koalition von CDU und SPD kann hierzu ein Signal und vielleicht sogar ein Einstieg sein. Dafür wirkt die DKP im Saarland.

Ein Regierungswechsel ist aber noch kein Politikwechsel. Die Frage steht: Weiter mit dem neoliberalen Grundkonzept, weiter so mit einer Austeritätspolitik, egal in welcher Form, oder Abkehr davon?

Die DKP fordert einen radikalen Politikwechsel in der Politik der Landesregierung. Nur so werden Türen für eine bessere Zukunft geöffnet werden können.

Die DKP tritt ein für eine Wende hin zu mehr Demokratie, für den Ausbau demokratischer und sozialer Rechte, statt deren Abbau. Mehr Mitbestimmung, mehr soziale Sicherheit, mehr Solidarität. Gegen demagogische Politik von rechts. Gegen alte und neue Nazis. Für eine aktive Friedenspolitik statt Kriegseinsätze und Rüstungsexporte. Abrüstung jetzt!

### **Unsere aktuellen Positionen und mittelfristigen Lösungsansätze – die Hauptforderungen der DKP:**

1. Sofortiges Aussetzen der Schuldenbremse weil sie die Lage verschlechtert und nicht zukunftstauglich ist.
2. Die Kaputtsparpolitik muss sofort gestoppt werden. Insbesondere die Kommunen müssen sofort deutlich finanziell entlastet werden.
3. Entschuldungslösung für das Saarland durch den Bund.
4. Wer die Finanznot hier im Lande bekämpfen will, muss von oben nach unten umverteilen.
5. Die DKP fordert eine Millionärssteuer. Mit einer „Millionärsabgabe“ zur Bekämpfung der Verschuldung und Haushaltsnotlage kann der Anfang gemacht werden!
6. Sofortiges Infrastrukturprogramm in Höhe von zusätzlich einer Milliarde Euro. Damit muss vor allem die soziale und ökologische Infrastruktur modernisiert und verbessert werden. Dazu gehört ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, mit dem die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Armut bekämpft werden kann. Notwendig ist auch ein Zukunftsprogramm für die Stahlindustrie und ihre Arbeitsplätze.
7. Langfristiges Landesentwicklungsprogramm für die Zukunft der Jugend, der Arbeitenden, der von Arbeitslosigkeit Betroffenen!
8. Überwindung der Monostruktur Automobilsektor, Entwicklung einer diversifizierenden Strukturpolitik, die die einseitige Abhängigkeit des Saarlandes von Exporten verringert.
9. Wir fordern eine grundlegende Verbesserung in der gesundheitlichen Versorgung. Dazu gehört eine humane pflegerische Versorgung. Wir fordern mehr Pflegekräfte und menschlichere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.
10. Schluss mit der weiteren Absenkung des Rentenniveaus und der Ausweitung der Regelaltersgrenze. Die Landesregierung muss sich im Bund für die Einführung der "Erwerbstätigenrente" als Einstieg in den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung einsetzen.
11. Wir sind für Leitinvestitionen als eine Alternative zu der krisenhaften wirtschaftlichen Monostruktur. Solche Investitionen müssen sich an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren und nicht nur neue Felder für Ausbeutung und Profit werden. Finanziell müssen dafür die Reichen steuerlich in die Pflicht genommen werden. Wir sind für wirksame Methoden der demokratischen Kontrolle.
12. Wir fordern die Schaffung der Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen, auch für die Geflüchteten, die zu uns kommen.

13. Schluss mit den Steuerprivilegien für Reiche und Konzerne, Steuerzahlungen an Produktionsstandorte koppeln.
14. Wir brauchen Profitbremsen und keine Schuldenbremsen. Während sich ein Teil der arbeitenden Menschen vor lauter Arbeit krumm legen muss, wird der andere dauerhaft ausgegrenzt. Wer Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen will, muss die Profite zugunsten einer gerechteren Verteilung der Arbeitszeit beschneiden.
15. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
16. Wir fordern ein vollständiges und wirksames Verbot von Billiglöhnen und Leiharbeit.
17. Verbot von betriebsbedingten Kündigungen in Konzernen, die Gewinne schreiben, wirksame Maßnahmen gegen menschenverachtende Firmenübernahmen mit anschließendem „Diebstahl“ des Betriebsvermögens durch Private Equity Fonds u. ä. (sogenannte „Heuschrecken“).
18. Die Stahlkrise darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Keine Entlassungen, kein Arbeitsplatzabbau! Mit Investitionen zur Deckung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse (sozialer Wohnungsbau, Schulen, Kitas, alternative Energien, Ausbau des ÖPNV und des Bahnverkehrs) können die Arbeitsplätze zukunftssicher gemacht werden. Wir fordern die Vergesellschaftung der Stahlindustrie unter demokratischer Kontrolle.
19. Spätestens seit dem Skandal um Whitesell und ihrem Betrug an den Beschäftigten der Schraubenfabrik in Beckingen muss klar sein: Belegschaften müssen vor den skrupellosen Geschäftemachern der Zockerbuden geschützt werden!
20. Entmilitarisierung der Region Saar-Lor-Lux – Abrüstung statt Aufrüstung. Kriege beginnen bei uns – durch Soldaten, die aus saarländischen Kasernen in die ganze Welt geschickt werden. Mit Rüstungsproduktion bei Diehl oder mit Forschung für die Rüstungsindustrie an der Uni. Weltpolitisch droht ein dramatischer Rüstungswettlauf. Wir sagen deutlich NEIN! Unsere Region hat genug Kriege erlebt. Keine Bundeswehrwerbung an Schulen, bei der Bundesagentur für Arbeit, bei Messen und Ausstellungen! Schluss mit der Militarisierung! Arbeitsplätze – statt Kriegseinsätze!

Wir fordern auch die zukünftige Landesregierung auf, sich auf Bundesebene, vor allem im Bundesrat, konsequent für eine solche Politik und die entsprechenden Rahmenbedingungen einzusetzen.

Für die DKP sind dies wesentliche Punkte für einen Politikwechsel, die im Land angepackt werden müssen und können. Mit diesen Forderungen und Initiativen wird die DKP - Saarland aktiv in den Landtagswahlkampf eingreifen.

Wir appellieren erneut an den DGB und alle Einzelgewerkschaften, ihre Kraft konsequent gegen die Weiterführung der Kaputtsparpolitik einzubringen. Die Erarbeitung von Antworten aus gewerkschaftlicher Sicht auf die Frage „Wie wollen wir in Zukunft im Saarland leben und arbeiten? Was ist für ein besseres Leben und eine sichere Zukunft erforderlich?“ ist dringend notwendig. Eine eigene, gewerkschaftlichen Interessen entsprechende gesellschaftspolitische Alternative ist überfällig.

**Wer eine andere Politik durchsetzen will, muss sich engagieren und muss vor allem kämpfen! Das heißt heute Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik. Das heißt keine Mitverwaltung des Mangels, nicht Mitgestaltung in der Mangelsituation, sondern Ausstieg aus solchen Anpasserkonzepten!**

Veränderungen kann und wird es nur geben, wenn es gelingen wird im außerparlamentarischen Bereich den entsprechenden Druck zu entwickeln. Damit „die oben nicht mehr so können, wie sie wollen!“

Für solche Erkenntnisse und Entwicklungen wirkt die DKP. Dafür setzen sich ihre Mitglieder ein. Wir werben um neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter, damit antikapitalistische Kritik und damit verbundene gesellschaftliche Alternativen stärker und hörbarer werden!

**Der Mensch kommt vor Profit! Sozial is muss!**